

Patrioten

Parteiprogramm

1 Vorwort

Unser Parteiprogramm ist bewusst kurz gehalten. Wir Patrioten bestehen aus sehr unterschiedlichen Gruppen und können in Sachfragen durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Zu solchen Sachfragen legen wir uns vor der Wahl im jeweiligen Wahlprogramm fest, wobei jeder einzelne Punkt im Wahlprogramm von unseren Mitgliedern des Gebietes, in dem gewählt wird, mehrheitlich abgestimmt und damit entschieden wird.

Im Parteiprogramm sind die für alle Mitglieder geltenden gemeinsamen Beschlusspunkte zusammengestellt. Wir haben uns bemüht, uns hierbei auf die grundsätzlichen, richtungsweisenden Punkte zu beschränken. Unser Programm soll auch in Zukunft den Konsens aller Mitglieder beschreiben. Hierzu bleibt es Objekt stetiger Änderungen und Aktualisierungen. Jedes Mitglied hat das Recht, Vorschläge zu Änderungen oder Ergänzungen einzelner Textstellen zu machen, über die dann spätestens beim nächsten Parteitag abzustimmen ist.

2 Zweck und Ziel der Partei

Die Partei ist ein Zusammenschluss aller deutschen Patrioten. Sie besteht aus politischen Gruppen, die in einzelnen Sachfragen oftmals unterschiedliche Meinungen und Lösungsansätze vertreten. Die folgenden Punkte werden von allen gemeinsam angestrebt:

Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Auch zukünftige Generationen sollen die Möglichkeit haben, dies Land als Ihr Land der Deutschen zu kennen und zu lieben.

Von uns eingeladene Einwanderer können in unserem Land Deutsche werden, und/oder ihre Kinder als Deutsche hier großziehen. Sie können nach einiger Zeit, in der sie bei uns leben, zu uns Deutschen gehören und werden dann auch als Deutsche von uns anerkannt. Voraussetzung hierzu ist, dass sie das auch wollen und unsere Anforderungen erfüllen.

Die freiheitlich demokratische Grundordnung FDGO, wie im Grundgesetz und den zugehörigen Gesetzen beschrieben, gilt flächendeckend in ganz Deutschland. Wir dulden dazu keine räumlichen Zonen, in denen die FDGO oder Teile hiervon aufgrund der in der jeweiligen Zone lebenden Menschen und deren Wertvorstellungen nur noch bedingte Gültigkeit hat.

Gäste in unserem Land aus privaten, beruflichen oder politischen Gründen erfreuen sich unserer Gastfreundschaft und den aus der FDGO folgenden Rechten, solange wie sie die Regeln unserer FDGO beachten.

3 Grundsätze

3.1 Unser Selbstverständnis – unsere Selbstverpflichtung

Wir sind Populisten; unser Souverän ist das Populus – lateinisch für das Staatsvolk. Nicht irgendeine Elite soll herrschen, sondern der Demos – griechisch für das Staatsvolk. Wir als Partei haben nur einen Zweck, die Realisierung der Volksherrschaft - der Demokratie.

Die von uns für politische Wahlen aufgestellten Bewerber dienen diesem Zweck. Sie bewerben sich, um als Vertreter des Volkes gewählt zu werden und nicht als Vertreter irgendwelcher Interessensgruppen und erst recht nicht als Vertreter der Interessen unserer Partei.

Wir fordern Volksentscheidungen für wichtige Grundsatzentscheidungen. Diesen Vorrang für Basisdemokratie leben wir auch in unserer Partei.

Bei uns werden die Kandidaten für politische Ämter und die Funktionsträger grundsätzlich von den Mitgliedern der betroffenen Region gewählt, da bei Delegiertenwahlen die Delegierten allzu oft identisch mit den zu wählenden Kandidaten und Funktionsträgern sind, d.h. ein kleiner Kreis in den anderen Parteien wählt sich selbst und die sonstigen Mitglieder sind nur zum Beitrag zahlen gut. Wir haben auch keine Wahlvorbereitungskommissionen, in denen über die Kandidaten entschieden wird.

Ebenso kann bei uns auch jedes Mitglied für jedes Amt in der Partei kandidieren. Mehrere Kandidaten für ein Amt sind uns nicht lästig und wir vermuten dabei auch keine Königsmörder, sondern sie sind Gegenstand unserer gelebten innerparteilichen Demokratie.

3.2 Grundgesetz und Verfassung

Wir Patrioten stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, dessen Inhalte wir vollständig bejahen.

Dazu gehört auch der Artikel 146 mit seiner Feststellung, dass das Grundgesetz durch eine Verfassung abgelöst wird, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung zu beschließen ist. Die Voraussetzung hierfür ist die Erlangung der nationalen Souveränität und die kann erst mit einem Friedensvertrag und Beendigung des Besatzungsstatuts durch die Kriegsaliierten erreicht werden.

Aufgrund der fehlenden Souveränität bestreiten wir das Recht gegenwärtiger Bundesregierungen, nationale Souveränitätsrechte an EU oder UN abzugeben.

Als grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht genannt:

Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, - die Volkssouveränität, - die Gewaltenteilung, - die Verantwortlichkeit der Regierung, - die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, - die Unabhängigkeit der Gerichte, - das Mehrparteienprinzip und - die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition.

Wir bejahen sämtliche genannten Prinzipien und sehen hierbei aber in der gegenwärtigen politischen Praxis viele Verletzungen dieser Prinzipien. Wir wollen ihre Gültigkeit wieder herstellen.

3.3 Gewaltenteilung

Die Trennung der Gewalten im Staate: Jurislative, Exekutive und Legislative hat sich bewährt, um einerseits dem Willen der Mehrheit Geltung zu verschaffen und andererseits die Minderheit zu schützen und allen ihre Freiheit zu sichern, solange sie sich im Rahmen des geltenden Rechts bewegen. Dies kann nur funktionieren, wenn die Gewalten voneinander unabhängig bleiben, d.h. sie dürfen nicht einem zentralen Willen gehorchend koordiniert reagieren.

Die sogenannte 4. Gewalt: Presse und Medien, muss ebenfalls frei in ihrer Weitergabe von Informationen und in Ihrer Schwerpunktsetzung zu ihren Nachrichten sein. Dies funktioniert nur, wenn sie die Wahrnehmungen und Meinungen ihrer sehr unterschiedlichen Zielgruppen reflektieren und ihnen die Informationen zielgruppengemäss weiter geben. Es kann nicht die Aufgabe der 4. Gewalt sein, ihre Zielgruppen umzuerziehen, anstatt sie zu informieren.

3.4 Subsidiarität

Nach dem Subsidiaritätsprinzip werden Entscheidungen so nah wie möglich Vor-Ort bei der betroffenen Bürgergruppe getroffen. Dies Prinzip funktioniert besser und effektiver als Entscheidungen aus zentralistischen Positionen, da Vor-Ort die Betroffenen besser über die genauen Umstände informiert sind.

Zu diesem erfolgreichen Prinzip gehört die Selbstverantwortung der Entscheider. Wenn den Betroffenen richtigerweise das Recht eingeräumt wird, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, dann müssen sie auch betroffen bleiben - von ihren Entscheidungen.

Für den Föderalismus in unserem Lande heißt dies z. B., wenn die Wähler eines Bundeslandes oder einer Kommune sich mehrheitlich eine bestimmte politische Vorgehensweise wählen, dann müssen die Wähler gleichermaßen die Vorteile und auch Nachteile ihrer Entscheidung erfahren. Ausgleichszahlungen zu mehr oder weniger erfolgreichen benachbarten Regionen sind möglich; es muss aber, um das Prinzip der Selbstverantwortung aufrecht zu erhalten, ein Unterschied bleiben, zwischen den Regionen, die sich entweder mehr- oder weniger erfolgreiche Regierungen gewählt haben.

4 Probleme

4.1 Neue Weltordnung – die drohende Abschaffung der Demokratie

Die „Neue Weltordnung“, NWO, ist keineswegs eine Einbildung von Verschwörungstheoretikern.

Angela Merkel kündigte auf dem Evangelischen Kirchentag am 4.6.2011 eine ‚Neue Weltordnung‘ an, für „die man nicht umhinkommen wird, an einigen Stellen Rechte, Souveränität abzugeben...“. Bush sen. kündigte die Neue Weltordnung bereits 1990 in einer Fernsehansprache und in einer Rede vor dem amerikanischen Kongress an und auch sein Sohn George W. Bush sprach, insbesondere nach 9/11, von dieser Neuen Ordnung. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird 2013 an mehreren Stellen die ‚gerechte Weltordnung‘, als Koalitionsziel genannt (da es ein Ziel ist, gilt es, sie ‚neu‘ zu erreichen).

Eine solche Neue Weltordnung, als langfristiges Ziel von einer politischen Elite im geheimen verfolgt, lehnen wir auch als Friedensordnung dann ab, wenn sie nicht von freien Völkern mit souveränen Entscheidungen zum freiwilligen Beitritt beschlossen wurde.

Das Heraufziehen einer NWO spiegelt sich auch darin, dass wir in Zeiten leben, in denen wir von einer selbsternannten Elite regiert werden. Alle „wählbaren“ Parteien decken dies in ihrem „Konsens der Demokraten“ ab. Wer dabei aus der Reihe tanzt, wird als „Undemokrat“ gestempelt und von den Herrschenden und ihren Medien verfolgt. Somit ist es letztlich egal, wer bei uns wählen darf, da die Wählenden sowieso keine Macht haben.

Wir widersetzen uns dieser Entwicklung und fordern ein Zurück zu den Prinzipien der FDGO, wie „die Volkssouveränität“ und „die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition“. Nur der Volkswille hat das Mandat, über unsere Teilnahme an einer möglichen zukünftigen Weltregierung mit einer möglichen NWO zu entscheiden.

4.2 Masseneinwanderung und Islamisierung

Seit Jahrzehnten verändert sich unser Land durch Millionen von Einwanderern. Diese Menschen sind zum größten Teil Moslems. Wir mussten erfahren, dass sehr viele von ihnen nicht in unser Land kommen, um hier mit uns als Deutsche zu leben. Selbst in der dritten Generation bezeichnen viele von ihnen uns als „Ihr Deutsche“, womit sie sich ausdrücklich als Nicht-Deutsche bekennen.

Gleichzeitig gibt es starke politische Kräfte, die nur noch von der „Bevölkerung“ in unserem Lande sprechen wollen. Das „deutsche Volk“ ist hierbei offenbar ein Auslaufmodell und alle, die damit nicht einverstanden sind, werden als „Rassisten“ und „Ausländerfeinde“ gebrandmarkt.

Bei den Einwanderern islamischen Glaubens hat sich das Auftreten ihrer Frauen in den letzten 25 Jahren deutlich geändert. Im Gegensatz zu früher dominieren heute islamische Kopf-Verhüllungen und –Verschleierungen ihr Auftreten im Straßenbild. Hierbei hat es keine Annäherung an die Sitten in unserem Lande gegeben, sondern eine zunehmende Distanzierung. Auch bei Rechtsfragen antworten viele Moslems, wenn sie gezielt gefragt wurden, dass sie ihre Scharia für gottgegebenes Recht halten und sie unser Recht nur so lange akzeptieren, wie sie in der Minderheit sind. Einen Vorgeschmack auf den Umgang von moslemischen Mehrheiten mit „ungläubigen“ Minderheiten erhalten unsere deutschstämmigen Hauptschüler, die sich in

Schulklassen von Moslem- Mehrheiten allzu oft beleidigen und körperlich drangsalieren lassen müssen.

Wir sehen in dieser Islamisierung eine große Gefahr für die Zukunft unser Kinder und Enkel. Da wir kein Vertrauen darin haben, dass zukünftige Regierungen sie vor Benachteiligungen in einer islamisch dominierten Gesellschaft schützen werden, verfolgen wir das Ziel, eine solche Dominanz in kommenden Jahrzehnten zu verhindern. Deshalb sind wir gegen fortgesetzte Einwanderung von Moslems und auch dagegen, dass sie mit Sozialleistungen angelockt werden, die für sie persönlich deutliche Einkommenssteigerungen zur Situation in ihren Herkunftsländern bedeuten.

Wir sehen in unserem Asylrecht das Angebot an politisch Verfolgte, bei uns in Sicherheit zu leben, bis die Asylanten wieder sicher in ihre Heimatländer zurückkehren können. Unser Asylrecht kann nicht kriegerische Konflikte lösen, darat, dass die Angegriffenen alle zu uns kommen und dem Angreifer ohne Gegenwehr ein leeres Land überlassen.

4.3 Der Neue Mensch und Gender Mainstreaming

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich der Druck unserer „Umerziehung“ deutlich erhöht. Die Sprache erinnert immer mehr an die Floskeln sozialistischer Länder, in denen die Nachrichtensprecher nie einen der zahlreichen Titel vergessen durften, wenn von einem Ober-Genossen die Rede war. So gab es bei uns zunächst die Endung „Innen“, bei Bezeichnungen von Gruppen, da ohne dies „Innen“ angeblich die Frauen in den Gruppen nicht angesprochen seien.

Diese vergleichsweise harmlosen Sprachänderungen sind aber nur der Anfang. Es gibt auch viele Beispiele für von außen vorgeschriebene neue Wortregelungen. So wird heute das wie im arabischen ausgesprochene „Muslim“ als richtig verkündet und das im deutschen Sprachgebrauch seit langem verwendete „Moslem“ als falsch. Ganz falsch sei aber der früher im Deutschen meistgenutzte Begriff „Mohammedaner“. Damit werden wir gezwungen, diese Leute als Muslim = gottergeben zu bezeichnen. Die Meinung, sie seien „nur“ Leute, die einem zu seiner Zeit sehr weltlichen Propheten namens Mohammed folgen, wird damit getilgt. Eine Meinung, die bei einem Christen ganz natürlich wäre, da er Christus als den einzigen Weg zu Gott ansieht und somit den Weg der Mohammedaner für falsch hält. – Dies gehört zur subtilen Umerziehung mittels Sprache, der wir seit Jahrzehnten ausgesetzt sind. Der Begriff „Muslim“ ist ein wichtiger Bestandteil zum Anrühren der Multi-Kulti- und multi- ethnischen Suppe, bei der alle Völker und alle ihre Götter wertfrei zusammengemührt werden, um dann von einer einheitlichen Weltregierung beherrscht zu werden. Natürlich nur zu ihrem eigenem Schutz, damit die unmündigen Welt- Kinder keine Dummheiten machen.

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, aber mit immenser politischer Unterstützung, erkennbar an einer großen Zahl von Hochschul- Lehrstühlen, hat sich die utopische Ideologie des „Gender Mainstreamings“ etabliert. Deren Hochschul- „ProfessorInnen“ verkünden den „StudentInnen“, dass alle Menschen gleich seien und geschlechtliche Unterschiede, einschließlich Körpergröße und Muskelmasse, nur anerzogen sind. Somit müssten alle Menschen umerzogen werden, um mit den Rezepten der Gender- Ideologen den neuen Menschen mit frei wählbarem Geschlecht oder einer von zahlreichen, neu erfundenen Mischformen der Geschlechter zu erziehen. Wer sich als Student weigert, diesen Unsinn nachzubeten, der kann in diesem Studienfach nicht bestehen und somit sein Studium nicht absolvieren. Die neu ausgebildeten akademischen Fachkräfte dieser Ideologie ziehen bereits ihre Spuren der Verwüstung durch unsere Gesellschaft. In Schulen werden vorpubertäre Kinder mit ungewöhnlichen sexuellen Praktiken kleinster Minderheiten bekannt gemacht und machen mit diesem verwirrenden Zeug im Kopf später dann ihre ersten sexuellen Erfahrungen in der Pubertät. Der Schaden dieser rücksichtslosen Projektion der sexuellen Selbstbestimmung kleiner Minderheiten auf die Kinder der Mehrheitsbevölkerung ist noch gar nicht absehbar.

5 Lösungen

5.1 Basisdemokratie und Volksabstimmungen

In der Parteiendemokratie kann bei Koalitionsverhandlungen der kleinere Koalitionspartner eine Position in das Regierungsprogramm bringen, die von nur wenigen Prozenten der Wähler geteilt wird.

Wir sehen in Volksabstimmungen für wichtige politische Grundsatzentscheidungen den besseren Weg, um die Herrschaft des Staatsvolkes, die Demokratie, zu sichern.

Die Grundlagen zu solchen Volksabstimmungen sind in Gremien von Fachleuten und interessierten Laien zu legen. Hierfür sind die unterschiedlichen Aspekte zu anstehenden Entscheidung zu diskutieren und begründete Empfehlungen zu erarbeiten.

5.2 Freiheitlichkeit und Heimat

Wir sind freiheitlich gesinnt und werden damit die freiheitlich demokratische Grundordnung wieder herstellen und schützen.

Unsere Freiheitlichkeit besteht darin, dass wir bereit sind Verantwortung zu übernehmen, um unsere Freiheit zu verteidigen. Wir übernehmen Verantwortung: zuerst für uns selbst, dann für unsere Familie, unser persönliches Umfeld, unsere Region, unser Land, unsere Welt – und zwar in der Reihenfolge.

Wir lieben unsere Familie, unsere Heimat, unser Vaterland – das macht unsere Identität aus.

Der Erhalt unserer Heimat für unsere Kinder und Enkel ist unsere Mission. Natürlich wird sich das Land verändern, es soll aber auch ihre Heimat werden können.

5.3 Bildung

Schulen und Hochschulen bieten heute nicht mehr die Bildungsqualität, für die Deutschland früher berühmt war.

Als Voraussetzung für eine Verbesserung sollen die Eltern möglichst die Gelegenheit erhalten, eine Schule in ihrer Umgebung auszuwählen und damit „mit den Füßen abzustimmen“. Der hieraus folgende Wettbewerb zwischen den Schulen mit ihren Lehrer-Teams muss chancengleich zwischen den öffentlichen Schulen und denen mit privater Trägerschaft sein, wobei der Staat die finanziellen Mittel für die Schulen nach einem festen pro Kopf Schlüssel bereit zu stellen hat.

5.4 Landesverteidigung

Nach dem zweiten Weltkrieg herrschte große Einigkeit bei den Deutschen, nie wieder Krieg in anderen Ländern zu führen. Es gab auch die Erfahrung, dass es die Bündnisse waren, die uns in den ersten Weltkrieg geführt hatten und in den Zweiten, der de facto eine Fortsetzung des 1. WK war.

Wir wollen die Aufteilung der Bundeswehr in eine moderne, gut gerüstete Heimatarmee mit Wehrpflichtigen und eine kleine Berufarmee für internationale Einsätze.

Die Heimatarmee soll ausschließlich gegen Angreifer eingesetzt werden, die direkt Deutschland angreifen.

Die Einsetzbarkeit deutscher Soldaten für internationale Einsätze beschränkt sich auf unsere kleine Berufarmee. Derartige Interventionen sind möglich bei deutlichen Menschenrechtsbrüchen, aber sie sollen danach nicht durch langjährige Besatzungen zu dauerhaften Konflikten umgewandelt werden.

Die Beschränkung gilt auch für den Verteidigungsfall bei Angriffen gegen Verbündete. Die Bündnisse sind hierfür neu zu verhandeln und gegebenenfalls zu verlassen.

5.5 Außenpolitik

Deutschland muss Souveränität erlangen und als freie Nation seine Außenpolitik an unseren Interessen ausrichten. Grundlage ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker und unseres Volkes, sowie die Achtung des Völkerrechtes.

Waffenlieferungen sollen allein aus strategischen Gründen an andere demokratischen Staaten erfolgen, um sie gezielt zu unterstützen. Es darf hierbei kein Primat von wirtschaftlichen Gründen geben.

Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe für bedürftige Länder. Sie soll nicht der Globalisierung und den Interessen von globalen Firmengruppen dienen. Dies gilt auch für internationale Finanz-Netzwerke, deren Macht wir uns in enger Zusammenarbeit mit anderen freien Nationen entziehen müssen.

5.6 Familien- und Sozialpolitik

Die Förderungen von Familien in Deutschland soll an dem Ziel ausgerichtet werden, dass Deutschland auch in einigen Jahrzehnten noch das Land der Deutschen ist. Familienförderung wird hiermit als Investition in die Zukunft begriffen und zielt somit nicht auf die Förderung von Gastfamilien. Gäste, die hier arbeiten und Steuern zahlen, haben damit natürlich auch Rechte auf finanzielle Zuwendungen. Gästen, die arbeitslos sind, soll Gelegenheit zum Einkommenserwerb gegeben werden.

Die Förderung von Minderheiten oder sogenannter benachteiligter Gruppen darf nicht zur Umkehrung der Verhältnisse führen, d.h. nicht zu Benachteiligungen der Mitglieder der angeblich stärkeren Gruppe. Die Voraussetzungen sind für alle möglichst gleich zu bereiten, dann kommt es darauf an, was der/die Einzelne daraus macht.

5.7 Keine doppelte Staatsbürgerschaft

Die Macht des Staatsvolks legitimiert sich dadurch, dass nur die Mitglieder des Staatsvolks das Recht haben, über ihre Zukunft zu entscheiden. Sie sind es auch, die mit dieser selbstbestimmten Zukunft leben müssen.

Wir lehnen Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft deshalb ab, weil die Zukunft des Staatsvolkes durch sie fremdbestimmt würde. Bei negativen Auswirkungen der politischen Mitsprache dieser Bürger können sie das Staatsvolk damit alleine lassen. Damit hätten sie alle Rechte als Staatsbürger, aber nicht deren Pflichten.

5.8 Trennung von Religion und Staat

Die mittelalterliche Scholastik eröffnete mit ihrer Wiederentdeckung der griechischen Logik und ihrer Methodik der zunächst kirchlichen Dispute den Weg zum akademischen Erkenntnisgewinn, mit dem Europa die Tür zur Neuzeit geöffnet hatte. Dies führte zur Trennung von Kirche und Staat und mit der europäischen Aufklärung zu einer beispiellosen Beschleunigung des Erkenntniszuwachses auf allen Gebieten von Wissenschaft und Technik.

Dieser Erfolg der Trennung von Kirche und Staat und dem daraus folgenden Freiheitsgewinn der Bürger, als Voraussetzung für ihre wirtschaftlichen Erfolge, ist der Grund, warum wir auch von jedem Zuwanderer verlangen, sich zur Trennung von Religion und Staat zu bekennen. Wir akzeptieren auch keine Parallelgesellschaften, in denen das Zusammenleben und Rechtsfragen von islamischen Priestern geregelt wird, d.h., die ihre mittelalterlichen Gesellschaftsstrukturen aufrecht erhalten wollen, aber unseren Wohlstand, der in der modernen Gesellschaft erarbeitet wurde, mit uns teilen wollen.